

Wir sind der Ansicht, daß sich das auch in allen anderen Einheiten durchführen läßt. Selbstverständlich ist unbedingt notwendig, daß alle Funktionäre zuerst pünktlich erscheinen, und vor allen Dingen auch der Referent.

Außerdem haben wir die Erfahrung gemacht, daß es gut ist, die ungefähre Dauer der Veranstaltung schon vorher bekanntzugeben. Denn gerade bei den Werktätigen werden bei pünktlichem Einhalten der Versammlungszeit auch der Besuch und das Interesse größer.

SED-Betriebsgruppe Krietschwerke, Wurzen

Im Januar 1948 wurde ich zur Frauenleiterin im Stadtteil 64 im Kreis Prenzlauer Berg gewählt. Zu den ersten Versammlungen, die um 20 Uhr beginnen sollten, erschienen die Genossinnen zwischen 20 und 20.30 Uhr. Die wenigen Genossinnen, die pünktlich waren, warteten ärgerlich auf die Bummelanten, die jedesmal eine andere Ausrede vorbrachten.

Da alles Ermahnen nicht half, wurde an einem Abend mit den wenigen Genossinnen pünktlich angefangen. Die später gekommenen Genossinnen wußten den Anfang nicht, und das störte die ganze Sitzung; außerdem merkten sie bald, daß sie ihre Aufgaben nicht richtig durchführen konnten, wenn sie einen Teil der Besprechung versäumt hatten. Ganz allmählich, es dauerte etwa ein halbes Jahr, begannen die Genossinnen pünktlicher zu erscheinen. Sie merkten außerdem bald; wenn wir pünktlich anfangen, hören wir auch früher auf, das Warten' ermüdet nicht unnötig, und es herrscht ein viel besserer Geist auf unseren Sitzungen. Bis zum Schluß des Jahres hatte es sich so eingebürgert, daß wir meist sogar ein paar Minuten früher da waren, pünktlich anfangen und selten eine Genossin als Nachzüglerin ankam.

Lore Albrecht, Berlin-Prenzlauer Berg

Wir hatten auch einmal mit dieser Seuche der Unpünktlichkeit zu kämpfen. Ich glaube aber, daß wir die richtige Lösung gefunden haben. Wir haben bekanntgegeben, daß unsere Versammlungen keine Minute später beginnen, als sie angesetzt sind. Wir haben das mit eiserner Konsequenz durchgeführt. Ihr solltet einmal sehen, wie beschämt die verspäteten Genossen heute ihre Plätze einnehmen.

Alfred Kießling, Leipzig

Das sind einige der Antworten aus den unteren Einheiten, und wir freuen uns, daß es Gruppenleitungen gibt, die der Seuche der Unpünktlichkeit energisch auf den Leib rücken und begriffen haben, daß man es in einer Partei neuen Typus mit der Zeiteinteilung ebenso ernst nehmen sollte, wie wir es beispielsweise von den Arbeitern der volkseigenen Betriebe verlangen.

Uns ist* allerdings aufgefallen, daß wir aus keinem Kreis- oder Landesvorstand einen Bericht über den Kampf mit der Unpünktlichkeit bekommen haben. Im zentralen Apparat des Parteivorstandes hat unser Artikel schon gar keine Wirkung ausgelöst? obgleich wir gerade den zentralen Apparat kritisierten. Zwar ist vor einigen Monaten beispielsweise beschlossen worden, die Abteilungsleitersitzungen pünktlich beginnen zu lassen, aber nach einigen Versuchen ist es bei dem Entschluß geblieben, und die letzte fing wieder mit 15 Minuten Verspätung an.

Vor kurzem war von der Org-Instrukteur-Abteilung des Parteivorstandes eine Besprechung für 16 Uhr angesetzt. Die einzelnen Funktionäre waren fast alle pünktlich erschienen. Aber der einberufende Genosse, der die Sitzung leiten sollte, glänzte durch Abwesenheit und mußte erst telefonisch herbeigerufen werden — er hatte kurz vor 16 Uhr „rasch mal“ zum Personalbüro gehen „müssen“. Erfolg: rund 20 Genossen,

durchweg mit Arbeit überlastete Funktionäre, warteten (und ärgerten sich) 20 Minuten lang.

Wir sind der Meinung, daß wir, wenn wir ernstlich mit der Unsitte der Unpünktlichkeit Schluß machen wollen, in den leitenden Organen der Partei damit beginnen sollten. Wir erwarten diesmal auch Zuschriften aus dem zentralen Apparat des Parteivorstandes.

Die Redaktion

Arbeitet der Kreisausschuß für Berufsausbildung in Burg nicht?

Zum Thema

„Lehrstellen für unsere Jugendlichen“

Im § 3 der Verordnung zur Ausbildung von Industriearbeitern heißt es:

„Die Ausschüsse für Berufsausbildung haben in allen Fragen der Berufsausbildung mitzuwirken.“

Sicher ist die Unterbringung der Jugendlichen in die planwichtigen Berufe eine solche Frage der Berufsausbildung. Wenn aber der Nachwuchsplan angeblich nicht erfüllt werden kann, ist das kein Wunder bei einer Arbeitsweise, wie sie z. B. der Kreisausschuß für Berufsausbildung in Burg an den Tag legt.

Die Mitglieder dieses Ausschusses, besonders die Vertreter des FDGB, sind der Mitarbeit schon so entwöhnt, daß sie den schriftlichen Einladungen keine Folge leisten. Nur 50 Prozent aller Mitglieder erschienen zu den Sitzungen am 13. und 25. Juli 1949.

Eigenartig, daß die Vorsitzende des Ausschusses, die Leiterin der Abteilung für Berufsausbildung und Umschulung beim Arbeitsamt, erst in Urlaub gehen mußte, damit der Ausschuß einberufen werden konnte.

Noch eigenartiger, daß man sich in Burg erst vier bis sechs Wochen statt vier bis sechs Monate vor dem Eintritt der Jugendlichen in die Berufsausbildung über diese Frage unterhält. Wenn man dort erst am 25. Juli feststellte, „daß ein erfolgversprechender Weg der wäre, wenn man alle Industrie- und handwerklichen Betriebe auf die Aufnahmefähigkeit betr. Lehrlinge überprüfen würde“, so war das reichlich spät. Aber sogar „diesem Vorhaben stellen sich unüberwindbare Schwierigkeiten entgegen“. Das heißt also: der Ausschuß spricht sich von der Schuld eines schweren Versäumnisses frei, indem er behauptet, das „Vorhaben“ sei sowieso unmöglich, zu verwirklichen.

Unsere Jugend wird also nicht ausgebildet, weil die Betriebe nicht überprüft werden können wegen „unüberwindbarer Schwierigkeiten“. Dennoch beschließt man am 25. Juli in Burg, „für die Berufsgruppen Metall, Holz und Bau sofort Kontrollausschüsse nach den gegebenen Richtlinien zu bilden. Diese sollen dann umgehend ihre Tätigkeit aufnehmen“.

Wie aber sollen diese Ausschüsse operativ arbeiten, wenn sie die Verhältnisse in den Betrieben nicht kennen? Oder sollen sie schematisch nach Berichten, Tabellen und Statistiken verfahren?*

Man kann den Genossen in diesem Ausschuß, aber auch im Orts- und Kreisvorstand der Partei, im FDGB und in der FDJ den Vorwurf nicht ersparen, daß sie einer so wichtigen Frage wie der der Facharbeiterausbildung in dem entscheidenden Zeitraum vor der Schulentlassung keine Aufmerksamkeit widmeten. Und wo blieb z. B. die Initiative unserer Betriebsgruppen im Arbeitsamt* oder im Kreisschulamt? Haben sie hier nicht eine Gelegenheit versäumt, an der sich beweisen mußte, ob sie imstande sind, die Arbeit in ihrer Verwaltungsstelle operativ zu beeinflussen?

Den Genossen in Burg ist zu empfehlen, das Arbeitsamt zu veranlassen, an OU und Stelle in den Betrieben unter Hinzuziehung der FDJ-Betriebsgruppe und der Betriebsgewerkschaftsleitung festzustellen, welche Möglichkeiten bestehen oder geschaffen werden müssen, um Lehrplätze einzurichten. Wie sieht es mit der Erfüllung der Forderung der FDJ auf dem III. Parlament in Leipzig in jedem einzelnen Betrieb aus? Gibt es zwei Schichten in den Lehrwerkstätten? Welche Hilfe muß geleistet werden? Kümern sich die Vereinigungen volkseigener Betriebe darum, daß ihre Betriebe die Berufsausbildung fördern? Welchem Betrieb muß eine Auflage erteilt wer-

Deutsche aus Ost und West folgten dem Rufe des DFD von Hanum bei Salzwedel am 21. August 1949 und trafen sich zu einer großen Friedenskundgebung am Schlagbaum.

(Auff.,oonoth)

